



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

140,75 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

69,52 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Für mich ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, frühzeitig Klarheit zu schaffen und damit zugleich einen ausreichenden zeitlichen Rahmen für eine sorgfältige Nachfolgeplanung zu ermöglichen.“

Gerhard Holtmeier, Vorsitzender der Geschäftsführung des Dortmunder Energieversorgers DEW 21, wird seinen Vertrag 2028 nicht verlängern

GESPRÄCH

Im Mittelpunkt:
Neue
Geschäftsmodelle
für Windstrom

STROMNETZ

Mehr Standards für
schnelleren
Verteilnetzausbau

FINANZIERUNG

Neue BBH-Tochter
soll Kapital
mobilisieren

Inhalt

TOP-THEMA

→ **VERANSTALTUNG:** Wasserstoffhochlauf muss in den Markt

POLITIK & RECHT

- **STROMNETZ:** BNE warnt vor Fehlanreizen durch Redispatch-Vorbehalt
- **WASSERSTOFF:** Branche fordert Absicherung für Investitionen
- **STATISTIK DES TAGES:** Umsatz der französischen EDF Group von 2007 bis 2025

HANDEL & MARKT

- **GESPRÄCH:** Im Mittelpunkt: Neue Geschäftsmodelle für Windstrom
- **STADTWERKE:** Nachhaltigkeit – nicht immer mit Strategie
- **REGULIERUNG:** Ausschreibungen waren überzeichnet und unterzeichnet

TECHNIK

- **STROMNETZ:** Mehr Standards für schnelleren Verteilnetzausbau
- **STROM:** Österreich: Direkter Stromhandel zwischen Nachbarn
- **STROMNETZ:** Geologie zwingt Südlank zu neuer Trasse

→ **PERSONALIE:** Markus Hector neuer CCO bei Deutscher Regas

UNTERNEHMEN

→ **FINANZIERUNG:** Neue BBH-Tochter soll Kapital mobilisieren

→ **UNTERNEHMEN:** Eaton stärkt Geschäft mit Rechenzentren

→ **PERSONALIE:** Holtmeier kündigt Abschied aus Dortmund an

→ **PERSONALIE:** Christian Feuerherd bleibt bei BEW bis 2032

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR:** Neue Gespräche drücken Energiepreise

SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**

→ **STELLENANZEIGEN**

→ **REDAKTION**

→ **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Wasserstoffhochlauf muss in den Markt



HB-Wasserstoffkongress in Berlin Quelle: Susanne Harmsen

VERANSTALTUNG. Bei einer Wasserstoffkonferenz in Berlin diskutierten Branchenvertreter über Infrastruktur, Nachfrage und Investitionen.

Der Wasserstoffmarkt tritt nach Einschätzung von Vertretern aus Industrie, Infrastruktur und Verbänden in eine Phase ein, in der konkrete Investitionsentscheidungen wichtiger werden als weitere Strategien und Zielbilder. Beim Handelsblatt-Wasserstoffkongress am 29. September in Berlin standen deshalb die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Projekten, der Aufbau der Infrastruktur und verlässliche Absatzmärkte im Mittelpunkt.

Jorgo Chatzimarkakis, CEO des Branchenverbands Hydrogen Europe in Brüssel, verwies auf anstehende Entscheidungen auf EU-Ebene. Die EU-Generaldirektorin für Energie, Celine Gauer, habe zugesagt, dass im Dezember ein weiterer delegierter Rechtsakt der EU zum Wasserstoff vorgelegt werde, sagte er.

Für den Aufbau eines europäischen Marktes brauche es aus seiner Sicht weitere industriepolitische Vorgaben. Der von der Europäischen Kommission im März 2026 vorgeschlagene Industrial Accelerator Act (IAA) soll unter anderem die Nachfrage nach CO₂-armen und in der EU hergestellten Produkten über öffentliche Beschaffung und Förderprogramme stärken. Die Kommission will damit auch Genehmigungsverfahren vereinfachen.

Der Vorschlag befindet sich noch im europäischen Gesetzgebungsverfahren. Chatzimarkakis sieht darin auch einen möglichen Ansatz für den Wasserstoffmarkt. Der Industrial Act müsse dafür sorgen, dass europäische Projekte etwa bei Elektrolyseuren gegenüber Importen aus China bessere Marktchancen erhalten. Auch der Einsatz von grünem Stahl könne über Vorgaben bei öffentlichen Bauprojekten wie im Infrastrukturpaket Deutschlands einen Leitmarkt schaffen, sagte er.

Infrastruktur muss nachziehen

Werner Ponikwar, CEO des Elektrolyseurherstellers Thyssenkrupp Nucera aus Dortmund, verwies auf die bereits vorhandenen Anwendungen. Punktuelle Inselprojekte funktionierten, sagte er. Was nun nachziehen müsse, sei die Transportinfrastruktur. Für die Wirtschaftlichkeit der Wasserstoffproduktion spielt nach seiner Darstellung der Strompreis eine zentrale Rolle. Für die Herstellung von einem Kilogramm Wasserstoff durch Elektrolyse seien etwa 50 kWh Strom erforderlich. Damit werde der Strompreis

unmittelbar zu einem wesentlichen Bestandteil der Wasserstoffkosten.

Gleichzeitig warnte Ponikwar vor einer Schwächung der verbindlichen Nachfrage. Wenn diese Verbindlichkeit aufgeweicht werde, könne der beginnende Wasserstoffhochlauf ins Stocken geraten, sagte er. Eine wichtige Rolle spiele dabei die Raffinerieroute. Sie könne Nachfrage garantieren, doch dürfe die EU grüne Quoten nicht wieder aufweichen.

„Frankreich, Deutschland, Belgien und Spanien könnten zunächst einen ausreichend großen Markt bilden“, sagte Ponikwar. Die deutsche Industrie sieht der Manager trotz der Konkurrenz aus China weiterhin als wettbewerbsfähig. Chinesische Anbieter profitierten allerdings von staatlicher Unterstützung, sagte er.



Diskussionsrunde (v.li.): Werner Ponikwar (Thyssenkrupp Nucera) und Jorgo Chatzimarkakis (Hydrogen Europe) im Gespräch mit Klaus Stratmann (HB)

Quelle: Susanne Harmsen

Von der Strategie zur Umsetzung

Jasmin Kaboni-Voit, Vizepräsidentin des Deutschen Wasserstoff-Verbands (DWV), sieht die Branche ebenfalls nicht mehr in der reinen Strategiephase. Als Beispiele nannte sie die Versorgung des Industrieparks Marl durch RWE sowie die geplante Versorgung des Industrieparks Leuna durch Total ab 2030. Auch Speicher würden inzwischen befüllt. Nun müssten weitere Ankündigungen in Investitionsentscheidungen münden.

Für den weiteren Hochlauf nannte Kaboni-Voit vier Voraussetzungen: verlässliche Nachfrage, die nationale Umsetzung der überarbeiteten Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III), funktionierende Treibhausgasquoten im Verkehr und einfachere Regeln für erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs (RFNBO).

Zudem müssten strukturelle Kosten gesenkt werden, die unter anderem durch Strompreise und staatliche Vorgaben entstünden. Infrastruktur und Nachfrage müssten parallel wachsen. Die EU sieht im Rahmen der Alternative Fuels Infrastructure Regulation (AFIR) bis Ende 2030 einen Ausbau der Wasserstofftankinfrastruktur vor.

Auch die geopolitische Lage verändere die Bedeutung des Themas. Wasserstoff könne nach Ansicht Kaboni-Voits einen Beitrag zur europäischen Resilienz leisten. Ihr Fazit: „Aus Wasserstoffpolitik muss jetzt Wasserstoffwirtschaft werden.“ (sh) // VON SUSANNE HARMTSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Jonas Rosenberger

BNE warnt vor Fehlanreizen durch Redispatch-Vorbehalt

STROMNETZ. Der BNE hat in einer Analyse zum geplanten Redispatch-Vorbehalt vor Fehlanreizen für Netzbetreiber gewarnt. Besonders Eon-Netzgesellschaften könnten davon profitieren.

Laut Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) führt der geplante Redispatch-Vorbehalt dazu, dass Verteilnetzbetreiber einen Teil der finanziellen Folgen von Netzengpässen auf Betreiber neuer Erzeugungsanlagen und Batteriespeicher verlagern. Zugleich könne damit der regulatorische Druck sinken, hohe Redispatch-Kosten durch Netzausbau oder Netzoptimierung zu verringern.

Redispatch wird notwendig, wenn Strom wegen eines Netzengpasses nicht vollständig aufgenommen oder transportiert werden kann und Erzeugungsanlagen deshalb abgeregelt werden müssen. Für die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Nachteile erhalten die Anlagenbetreiber grundsätzlich einen Ausgleich. Die entsprechenden Kosten werden bislang über die Netzentgelte refinanziert.

Mit der Reform der Anreizregulierung ändert sich diese Systematik. Die Kosten für den finanziellen Ausgleich von Abregelungen sollen künftig als volatile Kosten angesetzt werden. Damit, so der BNE, könnten hohe eigene Redispatch-Kosten die regulatorische Position eines Netzbetreibers verschlechtern. Mit dem Redispatch-Vorbehalt könnten diese Kosten gesenkt werden, so dass sich die Position des betreffenden Netzbetreibers im Effizienzvergleich wieder verbessern würde. Dies führe vereinfacht gesagt dazu, dass das Unternehmen in der folgenden Regulierungsperiode sein Erlössituation verbessert.

Netzbetreiber könnten Erlössituation verbessern

Netzbetreiber können eine Region als kapazitätslimitiertes Netzgebiet ausweisen, wenn dort im Vorjahr mehr als 5 Prozent der erzeugten Strommenge abgeregelt werden mussten. Die mögliche Dauer der Ausweisung ist auf sechs Jahre angesetzt und soll technologiespezifisch erfolgen, sodass Engpässe etwa durch Wind- oder Solarstrom nicht automatisch gleichermaßen auf die jeweils andere Technologie durchschlagen.

Gleichzeitig wird auch der Anspruch auf Netzanschluss neuer Anlagen in diesen Regionen eingeschränkt. Denn deren Betreiber müssen bei netzbedingter Abregelung auf ihre Entschädigung verzichten. Der

Verzicht ist auf maximal 20 Prozent der Jahreserzeugungsmenge und in ausgewiesenen Windvorranggebieten auf 18 Prozent gedeckelt.

Die Autoren der BNE-Analyse geben zu bedenken, der Redispatch-Vorbehalt führe dazu, dass bei Netzbetreibern geringere Redispatch-Kosten anfallen, obwohl der zugrunde liegende Engpass bestehen bleibt. Zudem sieht der Verband einen möglichen Anreiz, bei technisch gleichwertigen Möglichkeiten bevorzugt Neuanlagen abzuregeln, für die geringere oder keine Ausgleichszahlungen anfallen.

Die Analyse weist allerdings selbst auf eine noch offene Frage hin. Beim Redispatch sind bilanzieller und finanzieller Ausgleich zu unterscheiden. Für Verteilnetze gilt seit Dezember 2025 eine Sonderregelung. Ob der geplante Verzicht auf finanziellen Ausgleich auch den Aufwendungsersatz für den bilanziellen Ausgleich erfassen und damit Kosten auf die Erzeugungs- und Vermarktungsseite verlagern würde, sei noch nicht abschließend geklärt.

Besonders stark könnten nach der Auswertung des Verbandes Eon-Netzgesellschaften von dem Instrument betroffen sein. Der BNE stützt sich dabei nach eigenen Angaben auf die Smard-Datenbank der Bundesnetzagentur und die von der Behörde veröffentlichten Daten zur Weiterentwicklung der Qualitätsregulierung mit Bezug auf das Jahr 2024.

Zwischen Januar 2023 und April 2026 seien demnach rund 73 Prozent der Redispatch-Mengen im Verteilnetz auf Eon-Netzgesellschaften entfallen. Ihr Anteil an den untersuchten Anschlusspunkten in Nieder- und Mittelspannung habe dagegen lediglich bei 26,1 Prozent gelegen.

Nicht zuletzt stamme der erste dokumentierte Vorschlag zum Redispatch-Vorbehalt von der Eon-Tochter Edis aus dem Dezember 2021, die dann auch ein gemeinsames Positionspapier mit der Beratungsgesellschaft E-Bridge habe folgen lassen. Die damalige Westenergie-Vorstandsvorsitzende Katherina Reiche habe sich ebenfalls dafür ausgesprochen.

„Der Redispatch-Vorbehalt setzt genau den falschen Anreiz: Der Netzbetreiber wird auf dem Papier effizienter, obwohl der Engpass bleibt“, wird BNE-Geschäftsführer Robert Busch in einer Mitteilung des Verbands zitiert.

Der BNE fordert nun, auf den Redispatch-Vorbehalt zu verzichten. Stattdessen sollten Netzausbau und Digitalisierung beschleunigt sowie flexible Netzanschlussverträge, systemdienliche Anschlussleistungen und Speicher stärker genutzt werden. Diese Instrumente könnten nach Auffassung des Verbandes zusätzliche Anschlüsse ermöglichen und zugleich vorhandene Netzkapazitäten effizienter nutzen. (fw)

Die Analyse „**Wer profitiert wirklich vom Redispatch-Vorbehalt?**“ steht auf der Website des BNE zur Verfügung. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Energie & Management
Die Plattform für Entscheider der Energiewirtschaft

E&M präsentiert

Energiemanager-Konferenz 2026

Die Konferenz für Energie-Entscheider

Wärmewende Grüne Gase Finanzierung Networking

Mit führenden Stimmen aus Energiewirtschaft, Politik, Finanzierung und Industrie.
Top-Speaker. Starke Partner. Praxisnahe Lösungen.

08. Oktober 2026
Spreespeicher Berlin

Jetzt Ticket sichern →

energiemanager-online.de

499 €
zzgl. MwSt.
inkl. Mittagessen, Erfrischungen und Award-Abend

STARKE IDEEN FÜR EINE SICHERE ENERGIEZUKUNFT.

Branche fordert Absicherung für Investitionen



Quelle: iStock / Frank Harms

WASSERSTOFF. Bei einem Wasserstoffkongress in Berlin haben Industrie, Netzbetreiber und Politik über den Wasserstoffhochlauf beraten. Die Branche favorisiert dafür Differenzverträge (CfD).

Der „Wasserstoff-Gipfel 2026“ wurde am 29. September vom Handelsblatt in Berlin organisiert. Auf dem Kongress standen Kunden und Netze im Mittelpunkt. Für die Industrie sei eine verlässliche Versorgung eine zentrale Voraussetzung für den Einsatz von Wasserstoff, so der Tenor.

Das machte Holger Klaassen, Director Energy beim Kupferhersteller Aurubis mit Sitz in Hamburg, deutlich. „Ich brauche den Wasserstoff 24/7 an der Werksleitung“, sagte Klaassen. Unternehmen, die Wasserstoff als Energieträger oder Rohstoff einsetzen, könnten keine Unterbrechungen der Versorgung akzeptieren.

Gleichzeitig begrenzten die internationalen Märkte den Spielraum für höhere Energiekosten. Aurubis habe bereits heute einen CO₂-Fußabdruck, der nach Angaben Klaassens etwa halb so hoch sei wie der globale Branchendurchschnitt. Als Grundstoffhersteller müsse das Unternehmen dennoch international wettbewerbsfähig bleiben. Höhere Kosten könnten daher nicht ohne Weiteres an Kunden weitergegeben werden.

Auch Hans Dieter Hermes, Executive Vice President beim Unternehmen Seife, sieht Absicherungsmechanismen als Voraussetzung für Investitionen. Er sprach sich für Contracts for Difference (CfD) aus. Diese Differenzverträge könnten sowohl kommerzielle Portfolios von Midstreamern als auch Großkunden im Rahmen des Importprogramms von „H2Global“ absichern. Zudem brauche es Mechanismen, die bei Lieferausfällen greifen, sagte Hermes.

OGE sieht Wasserstoffnetz im Aufbau

Beim Aufbau der Infrastruktur sieht Thomas Hüwener, CEO des Esseners Fernleitungsnetzbetreibers Open Grid Europe, erste Fortschritte. Von den geplanten 2.000 Kilometern des Wasserstoff-Kernnetzes seien 500 Kilometer bereits in Betrieb, sagte er. Der größte Anteil seien Umwidmungen bestehender Gasleitungen, aber auch 120 Kilometer eine neu gebaute Leitung zwischen Lingen und Marl (GetH2). Auch Speicher seien bereits an das Netz angeschlossen.

Für 6.000 MW der geplanten Transportkapazität von insgesamt 87.000 MW lägen zudem bereits Kundenbestellungen vor, berichtete Hüwener. Gleichzeitig warnte er vor ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den weiteren Netzausbau. Er zeigte sich „schockiert“ über die Festlegungen der Bundesnetzagentur für die Gasnetzentgelte. Dies dürften bei der Festlegung für das Wasserstoffnetz im kommenden Jahr nicht so ungünstig ausfallen, sonst werde das Netz nicht entstehen, warnte er.

Ohne attraktive Eigenkapitalverzinsung gebe es nicht genug Bankability für die erforderlichen Investitionen, warnte Hüwener. Dem schloss sich Ralph Bahke, Geschäftsführer des Gasnetzbetreibers Ontras an. Aufgrund des verzögerten Hochlaufs sei es unabdingbar, jetzt das Vertrauen der Investoren zu erhalten.



Diskussion auf dem Kongress (v.li.): Ingo Fährmann (BMWE), Kirsten Westphal (BDEW) und Ralph Bake (Ontras)
Quelle: Susanne Harmsen

Politik will Rahmen für Hochlauf setzen

Ingo Fährmann, Referatsleiter Wasserstoffnetze im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), verwies auf die anstehenden politischen Entscheidungen. Der Rahmen für einen realistischen Wasserstoffhochlauf solle gesetzt werden, sagte Fährmann. „Die neuen Langfristszenarien für das Energiesystem werden bald veröffentlicht, in ihnen spielt Wasserstoff eine große Rolle“, versprach er.

Für das Ministerium bestehe die Herausforderung darin, unterschiedliche Interessen abzuwägen und zugleich Investitionen in das Wasserstoffnetz anzureizen, ohne die Infrastruktur zu teuer werden zu lassen. Bei Wasserstoffspeichern verwies Fährmann auf ein im vergangenen Jahr veröffentlichtes Weißbuch. Aktuell werde eine Studie erstellt, die den Förderbedarf für Speicher ermitteln soll.

Auch bei den Förderinstrumenten sei die Finanzierung noch offen. Man versuche, ein Instrument nach dem Vorbild von CfD aufzusetzen, müsse dafür aber zunächst die Finanzierung klären, sagte Fährmann.

BDEW fordert Anschlüsse bis zum Kunden

Kirsten Westphal, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDEW, stellte ebenfalls die Wirtschaftlichkeit in den Mittelpunkt. Diese müsse zwar langfristig das Ziel sein, könne bei einer neuen Technologie aber nicht bereits zu Beginn alleinige Voraussetzung sein. Die Politik müsse den Markthochlauf deshalb mit CfD unterstützen, forderte Westphal.

Neben dem Kernnetz müssten aus ihrer Sicht auch die Verbindungen zu den einzelnen Abnehmern geregelt

werden. Für die Abzweigungen vom Wasserstoff-Kernnetz brauche es entsprechende Festlegungen, damit auch „die letzten 20 Kilometer“ bis zu den Kunden gebaut würden. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

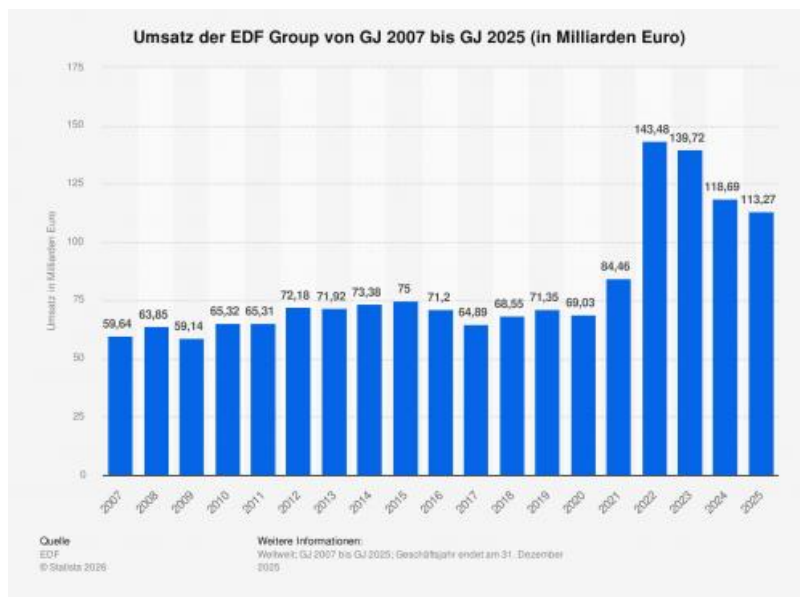
[^ Zum Inhalt](#)

Umsatz der französischen EDF Group von 2007 bis 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Electricite de France (EDF) erzielte 2025 einen Umsatz von 113,3 Milliarden Euro, was einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Dennoch gehört EDF weiterhin zu den umsatzstärksten Energieversorgern weltweit. EDF ist eines der größten Versorgungsunternehmen der Welt. Seit Juni 2024 befindet sich das Unternehmen im Besitz der französischen Regierung und hat seinen Hauptsitz in Paris. Zwar ist das Unternehmen global tätig, doch der Großteil seines Umsatzes stammt aus Europa, insbesondere aus Frankreich. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Fotolia / wellphoto

Im Mittelpunkt: Neue Geschäftsmodelle für Windstrom

GESPRÄCH. Stefan Liesner ist von 2G Energy in die Geschäftsführung von „SL NaturEnergie“ gewechselt. Im Interview spricht er über Windkraft, Repowering und neue Geschäftsmodelle.

Stefan Liesner hat zum 1. September die Geschäftsführung von SL NaturEnergie verstärkt. Der Wechsel führt ihn von der KWK-Branche in die Windenergie. Bei 2G Energy war Liesner in den vergangenen Jahren als Global Head of Marketing and Public Affairs tätig. Bei „SL NaturEnergie“ arbeitet er nun an der Seite des geschäftsführenden Inhabers und Unternehmensgründers Klaus Schulze Langenhorst.

Liesner und Schulze Langenhorst kennen sich aus ihrer gemeinsamen Arbeit im Vorstand des Landesverbands Erneuerbare Energien NRW. Dort hätten sie über Jahre eine gemeinsame Sicht auf die Energiewende entwickelt, sagt Liesner im Gespräch mit der Redaktion.

„Uns verbindet die Überzeugung, dass jede Technologie letztlich nur ein Mosaikstein in der Gesamtbetrachtung der Energiewende ist. Entscheidend ist das Zusammenspiel der verschiedenen Technologien – und dass Unternehmen bereit sind, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Die Windenergie hat mich dabei persönlich schon immer fasziniert.“ Der Wechsel zu SL gibt Stefan Liesner nach eigenen Angaben die Möglichkeit, neben strategischen und politischen Fragen stärker an der operativen Entwicklung konkreter Projekte mitzuwirken.

Kaufmännische Bereiche im Fokus

Die Aufgaben innerhalb der Geschäftsführung haben Liesner und Schulze Langenhorst grundsätzlich nach kaufmännischen und technischen Bereichen aufgeteilt. Liesner verantwortet vor allem die kaufmännische Seite, Schulze Langenhorst die technischen Themen. Im Tagesgeschäft seien die Übergänge jedoch fließend, erklärt Liesner. Angesichts der Veränderungen auf den Energiemärkten wolle das Unternehmen auf starre Zuständigkeiten verzichten.

Liesner: „Umso wichtiger ist es uns, bei SL NaturEnergie ein Team zu formen, das agil und hochmotiviert arbeitet und den Herausforderungen der Energiewende mit eigenen Ideen und Konzepten begegnet. So habe ich meine Rolle bereits bei 2G verstanden und so verstehe ich auch meine Aufgabe in der

Geschäftsführung bei SL. Die ersten Wochen haben mich dabei sehr positiv gestimmt. Die Motivation und Identifikation der Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Abteilungen sind wirklich beeindruckend.“

Für Liesner verändert sich mit dem Wechsel auch die Perspektive auf die Energiewende. Bei 2G beschäftigte er sich unter anderem mit der Rolle dezentraler KWK-Anlagen in einem Energiesystem mit wachsenden Anteilen erneuerbarer Energien. Bei SL Naturenergie steht nun die Frage im Mittelpunkt, wie sich der weitere Ausbau erneuerbarer Erzeugung wirtschaftlich organisieren lässt. Seine Erfahrungen aus der KWK-Branche will Liesner dabei in die Projektentwicklung und die politische Arbeit einbringen.

Neue Geschäftsmodelle für Windstrom

Ein Schwerpunkt soll auf Geschäftsmodellen liegen, die Erzeugung und Verbrauch stärker miteinander verbinden. SL Naturenergie hat bereits Direktstromlieferungen aus Windenergieanlagen an Industriebetriebe umgesetzt. An solche Konzepte will Liesner anknüpfen. Neben der Projektierung und dem Betrieb von Windenergieanlagen rücken damit die direkte Versorgung industrieller Abnehmer sowie die Kombination von Erzeugungsanlagen und Speichern stärker in den Fokus.

Nordrhein-Westfalen sieht Liesner dabei als einen Schwerpunkt. Das Land verbindet eine hohe industrielle Stromnachfrage mit Flächen für den Ausbau erneuerbarer Energien. Perspektiven sieht er unter anderem im Umfeld neuer Rechenzentren. Erzeugung und Verbrauch räumlich stärker zusammenzuführen, könne neue Geschäftsmodelle für Projektierer und industrielle Abnehmer eröffnen.

Daneben bleibt das Repowering bestehender Windparks ein Geschäftsfeld für SL Naturenergie. Bestehende Standorte bieten aus Sicht des Unternehmens Möglichkeiten, die Stromerzeugung durch neue Anlagen zu erhöhen. Zugleich sieht Liesner weiteren Handlungsbedarf beim Ausbau der Stromnetze. Für Investitionen in neue Projekte seien zudem verlässliche Rahmenbedingungen erforderlich.

„Hier bestehen erhebliche Potenziale, die vorhandenen Standorte weiterzuentwickeln und die Stromerzeugung zu optimieren“, erzählt Liesner im Gespräch. Unser Heimatmarkt Nordrhein-Westfalen hat sich bei der Windenergie in den vergangenen Jahrzehnten sehr dynamisch entwickelt. Als industrie- und einwohnerstarkes Bundesland bietet NRW deshalb besondere Möglichkeiten, erneuerbare Stromerzeugung und regionale Nachfrage stärker zusammenzubringen. (hr)



Stefan Liesner
Quelle: 2G Energy

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Energie & Management | WEBINAR

Energievertrieb 2030:
Warum heutige Erfolgsmodelle morgen nicht mehr ausreichen.

01.12.2026 | Online | Mit Benedikt Minge und Jan-Emanuel Brandt von m3 management consulting GmbH

Jetzt kostenfrei anmelden >

IDEEN HEUTE. WIRKUNG MORGEN.

STRATEGIEN. LÖSUNGEN. PERSPEKTIVEN.

m3

Nachhaltigkeit – nicht immer mit Strategie



Quelle: Shutterstock / oliverdelahaye

STADTWERKE. Eine Studie von Plenum und Asew zeigt: Bei vielen Stadtwerke ist das Thema Nachhaltigkeit organisatorisch verankert. Nachbesserungsbedarf gibt dennoch.

In fast allen Stadtwerken spielt Nachhaltigkeit eine große Rolle – am ehesten aber dort, wo sie nahe am Kerngeschäft und an der Rolle als kommunales Unternehmen liegt. Das ist eines der Ergebnisse einer gemeinsamen Studie der Managementberatung Plenum und dem Stadtwerkenetzwerk Asew – Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung. 31 Stadtwerke unterschiedlicher Größe haben dafür vom zweiten Halbjahr 2025 bis Anfang 2026 Fragen zum aktuellen Stand ihres Nachhaltigkeitsmanagements beantwortet.

Bei 30 von 31 Stadtwerken, heißt es in der Studie, gebe es eine zentrale Ansprechperson oder Zuständigkeit für Nachhaltigkeit beziehungsweise Environmental, Social and Governance (ESG). Mit der Unternehmensgröße wachse auch der Personaleinsatz: Kleine Stadtwerke mit weniger als 250 Beschäftigten setzen durchschnittlich 0,76 Vollzeitäquivalente für das Thema ein, Unternehmen mit 250 bis 1.000 Beschäftigten 1,27 und größere Stadtwerke 2,03.

Deutlicher fallen die Unterschiede bei der strategischen Verankerung aus. Eine dokumentierte Nachhaltigkeitsstrategie haben 23 Prozent der kleinen Stadtwerke. Bei den mittleren Unternehmen sind es 57 Prozent, bei Stadtwerken mit mehr als 1.000 Beschäftigten 55 Prozent.

Keine zentrale Rolle in der Unternehmensstrategie

Allerdings ordnet keines der befragten Unternehmen dem Thema Nachhaltigkeit die höchste Bewertungsstufe „zentrale Rolle“ in der Unternehmensstrategie zu. Inhaltlich konzentrieren sich die Unternehmen vor allem auf Klimaschutz und Energiemanagement, Mitarbeiterzufriedenheit sowie Werte und Führungskultur. Biodiversität und Artenschutz sowie Menschenrechte in Lieferketten erhalten dagegen die geringste Priorität.

Informationssicherheit und Datenschutz sind bei jeweils 94 Prozent der Befragten vollständig in Richtlinien

verankert, Arbeitssicherheit bei 84 Prozent. Beim Umweltmanagement sind es 48 Prozent, bei der Personalentwicklung 32 Prozent und bei nachhaltigen Lieferketten 29 Prozent.

Potenziellen Handlungsbedarf zeigt die Studie bei der Verwendung von Softwarelösungen sowie beim Thema Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD): Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (zwölf von 31) setzen für das Nachhaltigkeitsmanagement überhaupt keine speziellen Softwarelösungen ein. Spezialisierte ESG-Lösungen verwenden 31 Prozent der kleinen, 29 Prozent der mittleren und 64 Prozent der großen Stadtwerke.

85 Prozent der kleinen Stadtwerke veröffentlichen gar keinen Nachhaltigkeitsbericht. Bei den Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten sind es 55 Prozent. Daraus lässt sich allerdings nicht unmittelbar auf ihre Vorbereitung auf die CSRD schließen, schränken die Autoren ein: Unternehmen könnten die erforderlichen Strukturen und Daten bereits intern aufbauen, ohne bislang einen Bericht zu veröffentlichen.

Insgesamt, heißt es in der Studie, hätten Stadtwerke Nachhaltigkeit zwar personell und organisatorisch verankert. Der nächste Entwicklungsschritt bestehe nun aber darin, Nachhaltigkeit auch durch Strategien, klare Rollen, belastbare Datenstrukturen, gezielte Richtlinienenerweiterungen und digital unterstützte Prozesse steuerungsfähig zu machen. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Ausschreibungen waren überzeichnet und unterzeichnet



Quelle: Shutterstock / nitpicker

REGULIERUNG. Die Innovationsausschreibung vom 1. September war überzeichnet und brachte sinkende Zuschlagswerte. Bei Biomethan blieb die Nachfrage erneut hinter dem Angebot zurück.

Die Bundesnetzagentur hat die Ergebnisse der Innovations- und Biomethanausschreibungen zum Gebotstermin 1. September 2026 veröffentlicht. Während bei der Innovationsausschreibung mehr Leistung angeboten wurde als ausgeschrieben war, erreichten die Gebote der Biomethanausschreibung weniger als ein Drittel des verfügbaren Volumens, teilte die Behörde am 29. September mit.

„Die Innovationsausschreibung ist erneut von einem hohen Wettbewerbsniveau geprägt. Dies spiegelt sich in fallenden Zuschlagswerten wider.“ sagte Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur. „Die Biomethanausschreibung hingegen erfährt nach wie vor geringes Bieterinteresse.“

Bayern erhält 177 MW

In der Innovationsausschreibung standen demnach 475 MW zur Verfügung. Bei der Bundesnetzagentur gingen 53 Gebote mit zusammen 678 MW ein. Damit übertraf die angebotene Leistung das Ausschreibungsvolumen um rund 43 Prozent. Die Behörde erteilte 32 Geboten mit einer Leistung von 480 MW einen Zuschlag. Vier Gebote schloss sie vom Verfahren aus.

Innovationsausschreibungen sind besondere Ausschreibungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), bei denen Kombinationen verschiedener Technologien um eine Förderung konkurrieren, etwa PV zusammen mit Batteriespeichern. Ziel ist es, Erneuerbare stärker mit flexibler Speicherung und einer netzdienlicheren Einspeisung zu verbinden.

Die Gebotswerte der bezuschlagten Gebote reichen von 4,50 Ct/kWh bis 5,40 Ct/kWh. Der durchschnittliche mengengewichtete Zuschlagswert liegt mit 5,14 Ct/kWh damit unter dem Wert der

Vorrunde von 5,34 Ct/kWh.

Die größten Zuschlags-Volumina entfielen nach Informationen der Bundesnetzagentur auf Gebote für Standorte in Bayern (177 MW, 12 Zuschläge), gefolgt von deutlich geringerem Volumen für Standorte in Brandenburg (94 MW, vier Zuschläge) und Nordrhein-Westfalen (48 MW, vier Zuschläge).

Biomethanausschreibung erreicht nur 6 MW

Ein anderes Bild zeigt die Biomethanausschreibung. Die Bundesnetzagentur hatte ein Volumen von 21 MW ausgeschrieben. Eingereicht wurden drei Gebote mit einer Leistung von zusammen 6 MW. Damit deckten die Gebote rund 29 Prozent des Ausschreibungsvolumens ab. Alle drei Gebote erhielten einen Zuschlag. Ausschlüsse gab es nicht.

Die Zuschlagswerte lagen zwischen 23,07 und 23,13 Ct/kWh. Der mengengewichtete Durchschnitt betrug 23,12 Ct/kWh. Damit lag er 0,01 Ct/kWh unter dem Höchstwert von 23,13 Ct/kWh.

Zuvor hatte die Bundesnetzagentur Mitte August das Ausschreibungsvolumen für Biomethan drastisch reduziert – von 300 MW auf 20 MW. Die Behörde begründet dies mit der Erwartung, dass die ausgeschriebene Menge größer als die eingereichte Gebotsmenge sein wird.

Zuvor hatte die Biomethan-Branche mehrfach darauf hingewiesen, dass die Ausschreibungsbedingungen kaum wirtschaftliche Gebote zulassen. Auch Ausschreibungen der Vergangenheit fanden deshalb nur wenige Bewerber (wir berichteten).

Weitere Informationen zu den Ergebnissen der **Innovationsausschreibung** und der **Biomethanausschreibungen** stehen auf der Internetseite der Bundesnetzagentur zur Verfügung. (hr)

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Fotolia / spuno

Mehr Standards für schnelleren Verteilnetzausbau

STROMNETZ. BDEW und ZVEI wollen den Ausbau der Verteilnetze mit stärker vereinheitlichten Ortsnetzstationen beschleunigen. Eine Branchenempfehlung zeigt Ansatzpunkte.

Der Ausbau der Verteilnetze verlangt in den kommenden Jahren erheblich mehr Technik – und nach Ansicht zweier Branchenverbände zugleich weniger technische Sonderlösungen. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI), beide mit Sitz in Berlin, haben deshalb gemeinsam mit Netzbetreibern und Herstellern eine Empfehlung zur Harmonisierung von Ortsnetzstationen erarbeitet.

In Deutschland gibt es nach Angaben der beiden Verbände rund 600.000 solcher Stationen. In der Regel verbinden sie das Mittelspannungs- mit dem Niederspannungsnetz und spielen damit eine zentrale Rolle bei der Versorgung von Haushalten und Gewerbe. Eine 2024 veröffentlichte Studie von BDEW, ZVEI und der Bergischen Universität Wuppertal kam laut den Verbänden zu dem Ergebnis, dass bis 2045 fast 500.000 Ortsnetztransformatoren zusätzlich benötigt oder erneuert werden müssten.

Um diesen Bedarf zu decken, empfehlen BDEW und ZVEI, die Zahl unterschiedlicher Varianten und individueller Spezifikationen zu reduzieren. Dadurch sollen Hersteller ihre Produktionskapazitäten besser auslasten können, während Netzbetreiber weniger Aufwand bei Planung, Beschaffung und Inbetriebnahme haben. Die Empfehlung bezieht sich auf Ortsnetzstationen in Verteilnetzen bis zu einer Spannungsebene von 24 kV.



Branchenempfehlung „Harmonisierung von Ortsnetzstationen“

(zum Öffnen bitte auf das PDF klicken)
Quelle: BDEW und ZVEI

Weniger Hardwarevarianten

Ein Schwerpunkt der Branchenempfehlung liegt auf der technischen Ausgestaltung der Stationen. Künftig sollen Netzbetreiber nach dem Willen der beiden Verbände möglichst nicht für jede Anforderung eine eigene technische Variante bestellen. Funktionen ließen sich stattdessen stärker per Software einstellen. Das könnte Planung, Fertigung und spätere Anpassungen vereinfachen. Zusätzliche technische Sondervorgaben der Netzbetreiber wollen die Verbände zugleich auf notwendige Fälle begrenzen.

Insgesamt zählt die Empfehlung sieben Bereiche mit Vereinfachungspotenzial auf: Engineering, Stationsgehäuse, Mittelspannungsschaltanlagen, Transformatoren, Niederspannungsverteilung, Sekundärtechnik und Logistik. Unter anderem schlagen die Verbände einheitlichere Leistungsklassen sowie standardisierte Schutz- und Anschlusstechnik für Transformatoren vor. Bei digitalen Ortsnetzstationen sollen Kommunikationslösungen, Datenmodelle und Schnittstellen stärker vereinheitlicht werden.

Bezogen auf die Logistik empfehlen die Verbände, die Ortsnetzstationen möglichst weitgehend im Herstellerwerk fertigzustellen. Die Stationen sollten anschlussfertig und vorparametriert an den vorbereiteten Standort geliefert und dort direkt aufgestellt werden können. Die Netzbetreiber sollten zudem weniger eigene Bauteile zur Station beisteuern. Das verringere Abstimmungsprozesse und vereinfache die Lagerhaltung und Logistik. Fehlerquellen würden verringert.

Kein Ersatz für technische Regeln und Normen

Allein die technische Vereinheitlichung ist jedoch nach Einschätzung von BDEW und ZVEI nicht ausreichend. Die Verbände fordern zudem einfachere behördliche Verfahren, etwa für Baugenehmigungen, Schwertransporte sowie notwendige Straßensperrungen oder Umleitungen.

Die Branchenempfehlung ist rechtlich nicht bindend, wie die Verfasser betonen. Unternehmen könnten selbst entscheiden, in welchem Umfang sie die Vorschläge übernehmen. Das bestehende Niveau bei Sicherheit und Versorgungszuverlässigkeit sollte dabei auf jeden Fall erhalten bleiben.

BDEW und ZVEI verstehen ihre Veröffentlichung als Auftakt eines längerfristigen Prozesses. Zusammen mit Fachgremien sollen die Ansätze weiter konkretisiert und Fortschritte bei ihrer Umsetzung überprüft werden. Die Verbände stünden dafür im Austausch mit dem Bundeswirtschaftsministerium, der Bundesnetzagentur und dem Forum Netztechnik/Netzbetrieb im Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (VDE FNN).

Die Branchenempfehlung „**Harmonisierung von Ortsnetzstationen**“ ist über die Internetseiten des BDEW downloadbar. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



Österreich: Direkter Stromhandel zwischen Nachbarn



Quelle: Fotolia

STROM. Ein neues Gesetz sorgt in Österreich dafür, dass Strom aus Erneuerbaren-Anlagen mit entsprechenden Peer-to-Peer-Verträgen direkt an den Endverbraucher weitergereicht werden kann.

Österreich erweitert die Möglichkeiten für die gemeinsame Nutzung von Strom. Ab Oktober können Haushalte, Unternehmen und Gemeinden Strom über sogenannte Peer-to-Peer-Verträge direkt untereinander teilen. Dafür muss anders als bei klassischen Energiegemeinschaften keine eigene Gesellschaft oder ein Verein gegründet werden. Das teilt die Österreichische Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften auf ihrer Webseite mit.

Grundlage ist das neue österreichische Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG). Die entsprechenden Regelungen treten am 1. Oktober in Kraft, heißt es weiter auf der Webseite. In der Praxis können die neuen Modelle ab 5. Oktober zunächst innerhalb des Netzes eines einzelnen Netzbetreibers genutzt werden. Eine Nutzung über mehrere Netzgebiete hinweg und damit österreichweit soll voraussichtlich ab April 2027 möglich werden.

Bei einem Peer-to-Peer-Vertrag können sich mindestens zwei Privatpersonen, Unternehmen oder Gemeinden zusammenschließen und selbst erzeugten erneuerbaren Strom untereinander handeln. Eine eigene juristische Person ist dafür nicht erforderlich. Auch eine Gewinnerzielungsabsicht ist bei diesem Modell zulässig. Damit unterscheidet es sich von verschiedenen Formen der Energiegemeinschaft.

Ein mögliches Beispiel wäre ein Unternehmen mit einer größeren Photovoltaikanlage, das überschüssigen Solarstrom an benachbarte Betriebe oder Haushalte verkauft. Der Preis wird zwischen den Beteiligten vereinbart. Die tatsächlich erzeugte Strommenge wird viertelstündlich entsprechend dem jeweiligen Verbrauch auf die Teilnehmer verteilt. Eine feste Liefer- oder Abnahmeverpflichtung besteht nicht. Voraussetzung sind unter anderem ein Netzanschluss und ein Smart Meter. Die bisherigen Stromlieferverträge bleiben bestehen.

Die Abrechnung können die Vertragspartner selbst übernehmen oder einen Dienstleister beziehungsweise einen Organisator damit beauftragen. Dieser kann beispielsweise die Kommunikation mit dem

Netzbetreiber und die Abrechnung übernehmen. Für die verschiedenen Konstellationen – ein Erzeuger mit einem oder mehreren Abnehmern sowie mehrere Erzeuger und Abnehmer – stellt die österreichische Koordinationsstelle Musterverträge bereit.

Finanziell interessant wird vor allem die räumliche Nähe. Das österreichische System unterscheidet zwischen Standort-, Lokal- und Regionalbereich. Im Lokalbereich wird im Wesentlichen das Niederspannungsnetz genutzt, im Regionalbereich zusätzlich das Mittelspannungsnetz. Innerhalb solcher sogenannten Nahebereiche sind reduzierte Netzentgelte vorgesehen. Österreichweit kann Strom ebenfalls geteilt werden, dann fallen jedoch die vollständigen Netzentgelte an.

Neben Peer-to-Peer-Verträgen sieht Österreich weitere Modelle vor, darunter Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften, Bürgerenergiegemeinschaften, gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen und die Eigenversorgung über mehrere Standorte. Gemeinsam ist ihnen, dass ausschließlich erneuerbarer Strom geteilt werden kann. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Geologie zwingt Südlink zu neuer Trasse



Südlink muss auf einem Teilstück umgeplant werden. Quelle: Shot Fotografie

STROMNETZ. Bei Bad Friedrichshall im Norden Baden-Württembergs muss Transnet BW die Südlink-Trasse neu planen. Die Kabel sollen künftig näher an der Oberfläche verlaufen.

Beim Bau von Südlink ändert Transnet BW die Trassenführung im Raum Bad Friedrichshall im Landkreis Heilbronn. Nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur sollen die Stromkabel auf einer Länge von 3,3 Kilometern künftig nicht wie vorgesehen in rund 200 Metern Tiefe durch das dortige Salzbergwerk verlaufen. Stattdessen plant der Stuttgarter Übertragungsnetzbetreiber, sie außerhalb des Bergwerks in etwa zwei Metern Tiefe unter der Erdoberfläche zu verlegen.

Grund für die Umplanung sind neue Erkenntnisse über die geologischen Verhältnisse (wir berichteten). Laut Agentur sehen die Planer in dem betroffenen Abschnitt ein mögliches Risiko durch wasserführende Schichten. Gemeinsam mit der Südwestdeutsche Salzwerke AG, die das Bergwerk in Bad Friedrichshall-Kochendorf betreibt, habe Transnet BW deshalb einen alternativen Lösungsweg entwickelt. Tennet und Transnet BW betonen in einer gemeinsamen Stellungnahme vom 29. September, dass solche Anpassungen bei Infrastrukturprojekten dieser Größenordnung nicht ungewöhnlich seien.

Netzbetreiber widersprechen einem Baustopp

Der betroffene Abschnitt bei Bad Friedrichshall liegt im Verantwortungsbereich von Transnet BW. Die beiden Übertragungsnetzbetreiber Tennet und Transnet BW treten bei der Einordnung gemeinsam auf, da beide Unternehmen die Vorhabenträger von Südlink sind.

In einer gemeinsamen Stellungnahme betonen sie, dass die Arbeiten auf den übrigen Südlink-Baustellen weiterlaufen. Lediglich auf rund drei Kilometern im Bergwerksabschnitt bei Bad Friedrichshall-Kochendorf seien Anpassungen der technischen Planung erforderlich. Die für Ende 2028 geplante Inbetriebnahme stellen sie daher aus heutiger Sicht nicht infrage.

Auch größere Auswirkungen auf die Projektkosten erwarten die Netzbetreiber derzeit nicht. Nach Angaben von Tennet und Transnet BW seien mögliche zusätzliche Aufwendungen begrenzt und durch die im Projekt vorgesehene Risikovorsorge abgedeckt. So rechnet Transnet BW für seinen Anteil am Vorhaben weiterhin

mit Kosten von rund 8 Milliarden Euro.

Südlink verbindet Norden und Süden

Südlink ist eine rund 700 Kilometer langes Gleichstrom-Erdkabelprojekt, das Norddeutschland mit Bayern und Baden-Württemberg verbinden soll. Das Erdkabelprojekt umfasst zwei Verbindungen mit zusammen 4.000 MW Übertragungsleistung und wird von Tennet und Transnet BW realisiert.

Die Verbindung soll vor allem Strom aus den windreichen Regionen Norddeutschlands in die Verbrauchszentren im Süden transportieren. Ende 2028 soll Südlink vollständig in Betrieb gehen. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Markus Hector neuer CCO bei Deutscher Regas



Quelle: Shutterstock / Jirsak

PERSONALIE. Markus Hector übernimmt zum 1. Oktober die Position des Chief Commercial Officer bei der Deutschen Regas. Er kommt von Shell und wird Mitglied des Management Boards.

Der LNG-Terminalbetreiber Deutsche ReGas GmbH & Co. KGaA besetzt sein Management Board neu. Markus Hector übernimmt zum 1. Oktober die Position des Chief Commercial Officer (CCO). In dieser Funktion berichtet er direkt an den geschäftsführenden Gesellschafter Ingo Wagner.

Hector verfügt nach Angaben des Unternehmens über rund 30 Jahre Erfahrung im Energiehandel und beim Betrieb von Energieinfrastruktur. Der Schwerpunkt seiner bisherigen Tätigkeit lag im Gasgeschäft. Vor seinem Wechsel zu Deutsche Regas arbeitete er in verschiedenen Führungspositionen für Shell und Eon. Zuletzt leitete er als General Manager Shell Energy Nigeria. Bei Deutsche Regas soll Hector die kommerziellen Aktivitäten verantworten.

Mit der Berufung Hectors ergänzt die Deutsche Regas sein Management um einen Manager, dessen beruflicher Schwerpunkt bislang im internationalen Gas- und Energiehandel sowie im Infrastrukturgeschäft lag.

Hector folgt auf Jostein Ueland, wie die Deutsche Regas auf Anfrage der Redaktion mitteilte. Ueland hatte bereits vor einem Monat auf LinkedIn seinen Rückzug aus dem operativen Geschäft bei Deutsche Regas bekannt gegeben. Zugleich erklärte er, dass er Deutsche Regas auch nach seinem Rückzug aus dem Tagesgeschäft verbunden bleiben und das Unternehmen weiter unterstützen wolle. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Die Personen hinter der BBH Finance AG. Quelle: BBH

Neue BBH-Tochter soll Kapital mobilisieren

FINANZIERUNG. Die BBH-Gruppe hat die BBH Finance AG gegründet. Die neue Tochter soll Stadtwerke dabei unterstützen, Investitionen für Netze und andere Infrastrukturen zu finanzieren.

Der Kapitalbedarf der Versorgungswirtschaft wächst deutlich. Stromnetze müssen erweitert, die Wärmeversorgung umgebaut und neue Wasserstoff- sowie digitale Infrastrukturen aufgebaut werden. Nach Einschätzung der BBH-Gruppe braucht es dafür neben Fremdkapital auch neue Eigenkapital- und Projektfinanzierungsmodelle.

Hier setzt die neu gegründete „BBH Finance AG“ an. Die Berliner Beratungsgruppe Becker Büttner Held (BBH), die Unternehmen und Kommunen aus der Energie- und Infrastrukturwirtschaft rechtlich, steuerlich und betriebswirtschaftlich berät, bündelt darin ihre Finanzierungskompetenz. Ziel ist es, Investitionsvorhaben so aufzubereiten, dass sie für Banken und andere Kapitalgeber nachvollzieh- und finanzierbar werden.

„Kapital für Infrastruktur ist grundsätzlich vorhanden. Die entscheidende Aufgabe besteht darin, Investitionen so zu strukturieren, dass dieses Kapital auch mobilisiert werden kann“, lässt sich Thomas Straßer, Vorstand der BBH Finance, in einer BBH-Mitteilung zitieren. Vor allem bei Stromnetzen und anderer leitungsgebundener Infrastruktur könnten Projektfinanzierungen und neue Eigenkapitalstrukturen zusätzliche Finanzierungsspielräume eröffnen.

Die BBH Finance soll zwischen den Anforderungen der Versorgungswirtschaft und denen des Kapitalmarkts vermitteln. Nach Angaben der Gruppe geht es unter anderem darum, Finanzierungsstrategien frühzeitig auf die Erwartungen von Banken und Investoren auszurichten und unterschiedliche Finanzierungsquellen zu erschließen. BBH bezeichnet die neue Gesellschaft dabei als Intermediärin, Bündlerin und Übersetzerin zwischen Kommunal- und Energiewirtschaft sowie Kapitalmarkt.

Perspektive der Kapitalgeber verstehen

Laut Tobias Sengenberger, ebenfalls Vorstand der BBH Finance, kommt es dabei vor allem auf die Struktur der Projekte und die Kommunikation mit Geldgebern an. „Die Finanzierung von Infrastrukturprojekten wird

künftig noch stärker von einer klaren Strukturierung und einer überzeugenden Kommunikation mit Kapitalgebern abhängen“, sagt er. Die neue Gesellschaft solle Stadtwerke dabei unterstützen, ihre Vorhaben investorenfähig zu machen und Zugang zu unterschiedlichen Finanzierungsquellen zu schaffen.

Stilianos Koulaxidis, dritter Vorstand der BBH Finance, verweist auf die Anforderungen der Geldgeber. „Eine erfolgreiche Finanzierung beginnt damit, die Perspektive der Kapitalgeber zu verstehen“, sagt er. Banken und Investoren erwarteten belastbare Planungen, transparente Risiken und eine überzeugende wirtschaftliche Darstellung. Diese Anforderungen müssten frühzeitig in die Finanzierungsstrategie einbezogen werden.

Becker Büttner Held berät seine Mandanten bereits seit Jahren bei Finanzierungen sowie bei den damit verbundenen rechtlichen, betriebswirtschaftlichen, steuerlichen und strategischen Fragen. Mit der BBH Finance erhält dieses Geschäftsfeld nun eine eigene Gesellschaft.

Dem Vorstand der BBH Finance gehören Thomas Straßer, Tobias Sengenberger und Stilianos Koulaxidis an. Alle drei sind Partner der BBH-Gruppe sowie Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Die BBH-Gruppe beschäftigt nach eigenen Angaben mehr als 1.000 Mitarbeitende an sieben Standorten und berät mehr als 7.000 Mandanten und Kunden. Dazu zählen vor allem Stadtwerke, Kommunen, Energie- und Versorgungsunternehmen sowie Industrieunternehmen. (ds) // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Eaton stärkt Geschäft mit Rechenzentren



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

UNTERNEHMEN. Der Elektrotechikkonzern Eaton übernimmt die „COL Group“ und erweitert damit seine Produktionskapazitäten und Kompetenzen für den Rechenzentrums- und Energieversorgungsmarkt.

Der Elektrotechnik- und Energiemanagementkonzern Eaton will die italienische COL Group übernehmen und damit sein Geschäft mit Mittelspannungs-Stromverteilung in Europa ausbauen. Eaton hat dazu eine Vereinbarung mit dem bisherigen Eigentümer Oaktree geschlossen. Der vereinbarte Unternehmenswert liegt bei 810 Millionen Euro. Den Abschluss der Transaktion erwartet Eaton im ersten Quartal 2027.

Die COL Group entwickelt und fertigt Lösungen für die Mittelspannungs-Stromverteilung. Zum Portfolio gehören SF6-freie Schaltanlagen, Technik zur Netzautomatisierung und modulare Stromversorgungssysteme. Eaton zielt mit der Übernahme vor allem auf die Nachfrage von Netzbetreibern und Rechenzentren in Europa, dem Nahen Osten und Afrika (EMEA).

Neben dem Produktportfolio erhält Eaton durch die Transaktion zusätzliche Produktionskapazitäten in Europa. Die COL Group beschäftigt rund 400 Mitarbeitende und betreibt Standorte in Turin, Mailand, Bergamo und Catania. Für 2027 rechnet die COL Group mit einem Umsatz von 250 Millionen Euro.

Fokus auf Netze und Rechenzentren

„Die COL Group ergänzt unsere Technologien, Fertigungskapazitäten und unser technisches Know-how in Europa, sodass wir hier unsere Präsenz verstärken können“, sagte Omar Zaire, President der EMEA Region, Corporate and Electrical Sector von Eaton.

Für Eaton erweitert die Übernahme insbesondere das Angebot auf der Mittelspannungsebene. Die Kombination aus Schaltanlagen, Netzautomatisierung und modularen Stromversorgungssystemen richtet sich an Anwendungen, bei denen Netzanschluss und Stromverteilung zusammen geplant werden. Das betrifft unter anderem Rechenzentren, deren Anschlussleistungen und Anforderungen an die Stromversorgung den Ausbau von Netz- und Verteilinfrastruktur beeinflussen.

Die Übernahme steht laut Eaton noch unter dem Vorbehalt der erforderlichen behördlichen Genehmigungen.

Eaton erzielte 2025 einen Umsatz von 27,4 Milliarden US-Dollar und ist nach eigenen Angaben in mehr als 180 Ländern tätig. Der Konzern liefert Technik unter anderem für Rechenzentren, Energieversorger und Industrieunternehmen. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Holtmeier kündigt Abschied aus Dortmund an



Quelle: Shutterstock / Andrii Yalansky

PERSONALIE. Gerhard Holtmeier wird den Energieversorger DEW 21 im Herbst 2028 verlassen. Der Vorsitzende der Geschäftsführung steht für eine Vertragsverlängerung nicht zur Verfügung.

Dr. Gerhard Holtmeier wird seinen Vertrag als Vorsitzender der Geschäftsführung des Dortmunder Energieversorgers DEW 21 nach dessen Ablauf im September 2028 nicht verlängern. „Ich habe diese Entscheidung nach reiflicher Überlegung getroffen. Für mich ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, frühzeitig Klarheit zu schaffen und damit zugleich einen ausreichenden zeitlichen Rahmen für eine sorgfältige Nachfolgeplanung zu ermöglichen“, wird der 63-Jährige in einer Mitteilung des Unternehmens zitiert.

Der Manager war Anfang Juni 2023 zunächst als Interimsgeschäftsführer zur DEW 21 nach Dortmund gekommen. Er übernahm damals übergangsweise die kaufmännischen Aufgaben von Heike Heim, die den Vorstandsvorsitz der Dortmunder Stadtwerke-Holding DSW 21 übernahm. Zum 1. Oktober 2023 wurde Holtmeier zum Vorsitzenden der Geschäftsführung bei der Energietochter DEW 21 berufen.

Gemeinsam mit Peter Flosbach und Matthias Klein-Lassek habe er die DEW-21-Gruppe in den vergangenen Jahren stabilisiert und neu ausgerichtet, heißt es weiter vom Unternehmen. Auch der kulturelle Wandel innerhalb der Gruppe habe für Holtmeier eine wichtige Rolle gespielt.

Jörg Jacoby, Vorstandsvorsitzender der DSW 21, Aufsichtsratsvorsitzender und Vertreter des Mehrheitsgesellschafters: „Gerhard Holtmeier hat in einer für DEW 21 ausgesprochen anspruchsvollen Situation Verantwortung übernommen. Er hat die Gesellschaft in einer schwierigen Phase stabilisiert und entscheidende Weichen für ihre Zukunft gestellt.“

Holtmeier ist seit Jahren in der Energiewirtschaft tätig. Er war unter anderem Vorstandsvorsitzender der Berliner Gasag und Vorstand der Thüga. Seit Dezember 2022 ist er außerdem Geschäftsführer der bundeseigenen UBG Uniper Beteiligungsholding GmbH und seit März 2023 Mitglied des Aufsichtsrats von Uniper.

Wie DEW 21 die Nachfolge regeln will, wurde nicht mitgeteilt. Die Verantwortlichen haben dafür nun knapp zwei Jahre Zeit. (sag)



Gerhard Holtmeier

Quelle: DSW 21

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Christian Feuerherd bleibt bei BEW bis 2032



CEO Christian Feuerherd. Quelle: BEW

PERSONALIE. Der Aufsichtsrat der Berliner BEW hat den Vertrag von Geschäftsführer Christian Feuerherd bis 2032 verlängert.

Der Aufsichtsrat der Berliner Energie und Wärme GmbH (BEW) hat den Vertrag des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Christian Feuerherd, vorzeitig bis 2032 verlängert. Der Berliner Fernwärmeversorger gehört dem Land.

Mit der Personalentscheidung setze der Aufsichtsrat auf Kontinuität in der Führung des Unternehmens. Feuerherd hat laut BEW die Überführung der Berliner Fernwärme in Landeshand ab Mai 2024 maßgeblich gesteuert. Gemeinsam mit Technikgeschäftsführerin Kerstin Busch und Finanzgeschäftsführer Axel Pinkert habe er das Unternehmen nach dem Eigentümerwechsel organisatorisch, technisch und wirtschaftlich neu aufgestellt.

Bereits im Juni hatte der Aufsichtsrat den Vertrag von Busch um weitere fünf Jahre verlängert. Pinkerts Vertrag stand nach Angaben der BEW aktuell nicht zur Verlängerung an. Damit sind die Verträge von zwei der drei Geschäftsführungsmitglieder langfristig gesichert.

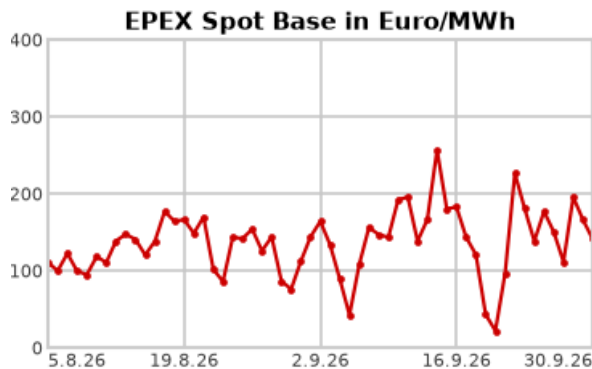
Die Aufsichtsratsvorsitzende und Berliner Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) erklärte, mit der Vertragsverlängerung von Feuerherd schaffe der Aufsichtsrat Verlässlichkeit für die weitere Umsetzung der Berliner Wärmewende. „Die BEW steht vor der Aufgabe, die Wärmeversorgung Berlins schrittweise umzubauen und die Fernwärmeversorgung klimafreundlich zu transformieren“, erläuterte Giffey. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

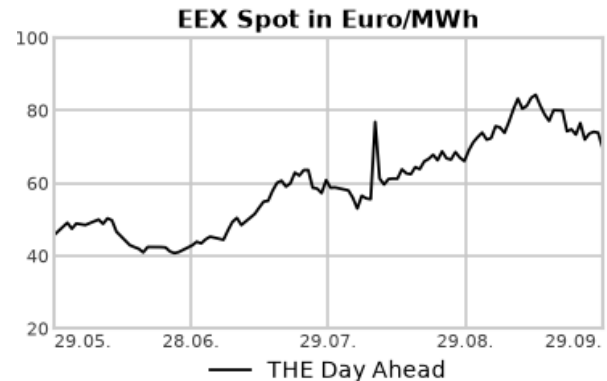
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Neue Gespräche drücken Energiepreise



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Durchgehend leichter haben sich die Energiemärkte am Dienstag präsentiert, nachdem US-Präsident Donald Trump weitere Gespräche mit Iran angekündigt hat. Nach Angaben von „Axios“ erwartet Trump die neuen Gespräche in kurzer Frist. Zwei regionale Quellen bestätigten dem US-Medium diese Pläne. Zudem scheinen die Ölexporte aus der Region wieder zuzunehmen. Laut Kpler-Daten hat vor allem Saudi-Arabien im Verlauf des Septembers seine Ausfuhren über die Straße von Hormus deutlich steigern können.

Zum Monatsende gab es sogar einzelne Tage, an denen sich die Exporte aller Anrainer-Staaten des Persischen Golfs in Summe auf fast 15 Millionen Barrel beliefen, was knapp drei Viertel der Lieferungen vor Beginn des Irankriegs entspräche.

Strom: Schwächer hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Dienstag gezeigt, der sich damit der Tendenz der Nachbarmärkte anschloss. Der Day-ahead verlor bis gegen 14.00 Uhr 25,00 auf 141,00 Euro je Megawattstunde im Base. Für den Peak wurde ein Minus von 23,75 auf 131,75 Euro je Megawattstunde gesehen. An der Börse wurde die Grundlast mit 140,75 Euro und die Spitzenlast mit 131,56 Euro ermittelt.

Ursächlich für den Preisrückgang im Day-ahead war neben der generellen Abwärtstendenz an den Energiemärkten die stärkere Erneuerbaren-Einspeiseleistung, die für den Mittwoch prognostiziert wird. Diese soll laut den Meteorologen von Eurowind mit 31,6 Gigawatt im Base etwas höher ausfallen als am Dienstag, für den nur 26,8 Gigawatt prognostiziert wurden. Für die Folgetage gehen die Analysten von Eurowind von moderaten Beiträgen von Wind und Solar zur Stromgewinnung aus.

Am langen Ende verlor das Strom-Frontjahr um 4,74 auf 124,99 Euro je Megawattstunde.

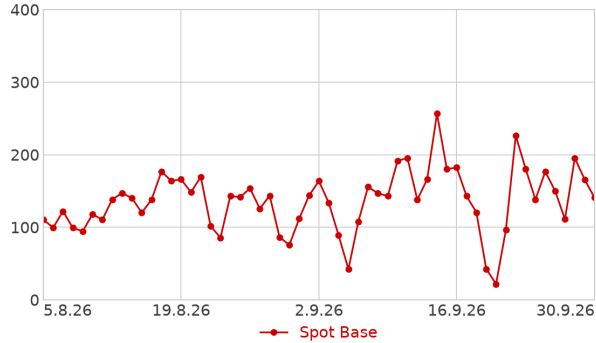
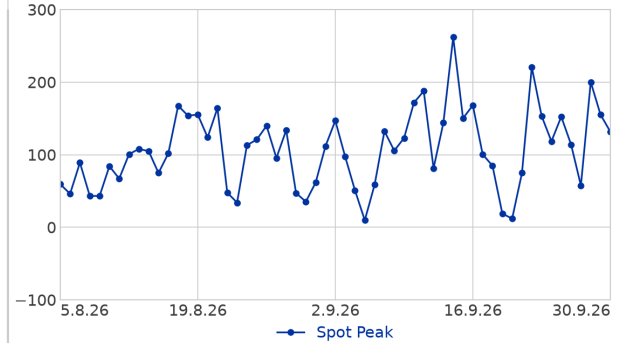
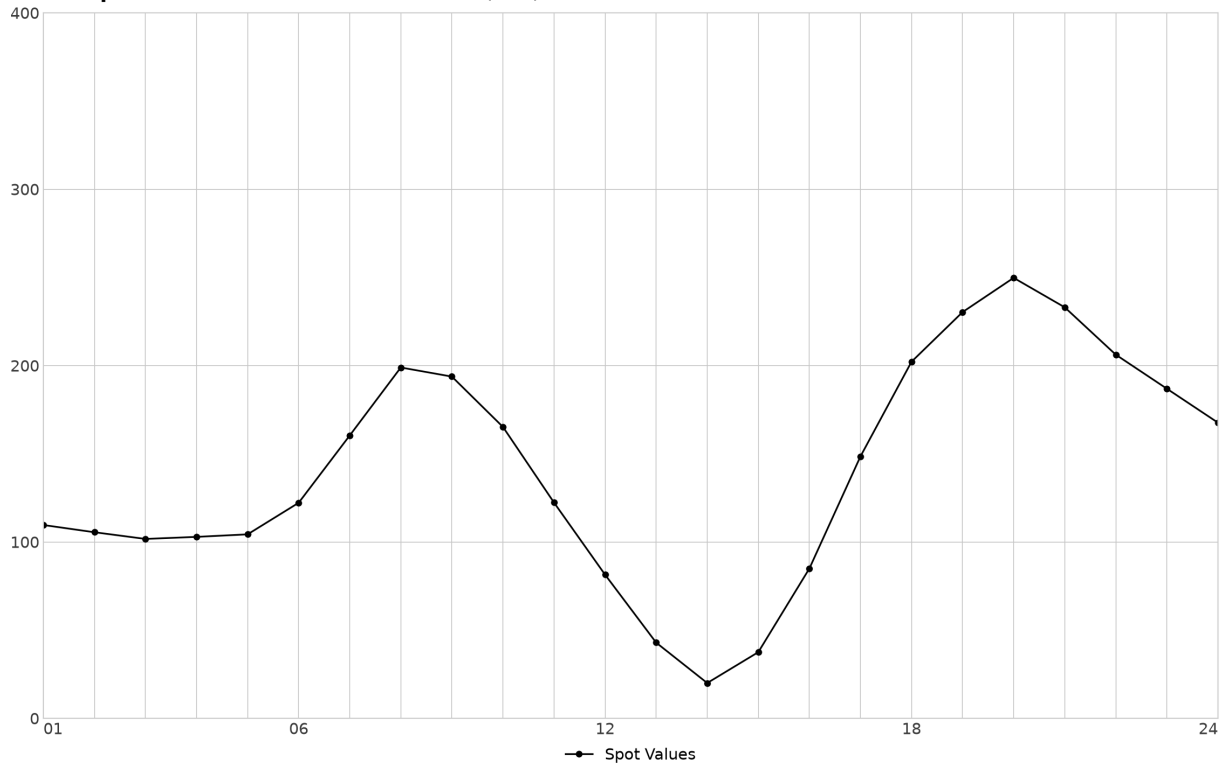
CO₂: Die CO₂-Preise haben am Berichtstag nachgegeben. Der Dec 26 verlor bis gegen 14.20 Uhr 0,68 auf 85,49 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 15,8 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 86,22 Euro, das Tief bei 85,13 Euro. Die Analysten von Redshaw Advisors sehen die nächste Unterstützung bei 85,38 Euro bis 85,41 Euro je Tonne, danach bei 85,23 Euro und Widerstand bei 87,00 bis 87,03 Euro, sodann bei 87,64 Euro.

Erdgas: Mit einem Minus haben sich die europäischen Gaspreise am Dienstag gezeigt. Der

richtungsweisende Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 14.27 Uhr 2,271 auf 70,050 Euro je Megawattstunde.

Händler führen den Preisrückgang auf die milde Witterung zurück, die laut dem US-Wetterdienst bis in die ersten Oktobertage in Europa vorherrschen soll. Hinzu kommen höhere Importe aus Norwegen, wo die Wartungssaison endet, und signifikant höhere LNG-Einfuhren. Für den Berichtstag beläuft sich die Einfuhr laut Gassco auf 282,2 Millionen Kubikmeter, das sind 22,1 Millionen Kubikmeter mehr als noch für den Vortag ermittelt worden war. (cdg) // VON CLAUD-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

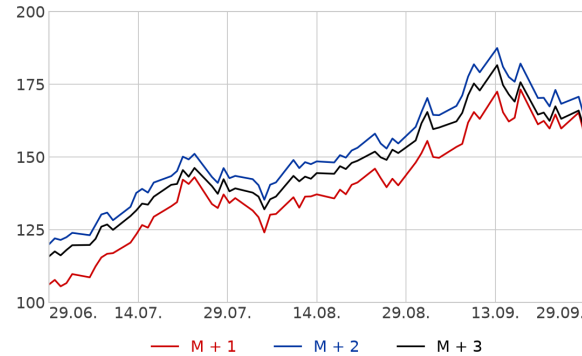
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	29.09.26	German Power Oct-2026	157,70
M2	29.09.26	German Power Nov-2026	163,61
M3	29.09.26	German Power Dec-2026	159,66
Q1	28.09.26	German Power Q4-2026	167,25
Q2	29.09.26	German Power Q1-2027	157,72
Q3	29.09.26	German Power Q2-2027	106,32
Y1	29.09.26	German Power Cal-2027	126,47
Y2	29.09.26	German Power Cal-2028	97,81
Y3	29.09.26	German Power Cal-2029	87,18

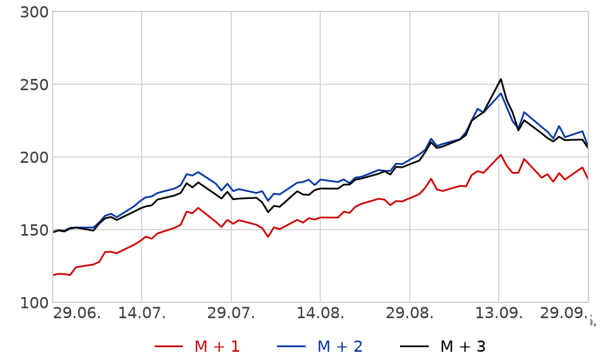
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	29.09.26	German Power Oct-2026	184,76
M2	29.09.26	German Power Nov-2026	207,00
M3	29.09.26	German Power Dec-2026	206,04
Q1	28.09.26	German Power Q4-2026	207,39
Q2	29.09.26	German Power Q1-2027	188,11
Q3	29.09.26	German Power Q2-2027	89,75
Y1	29.09.26	German Power Cal-2027	135,99
Y2	29.09.26	German Power Cal-2028	107,93
Y3	29.09.26	German Power Cal-2029	96,60

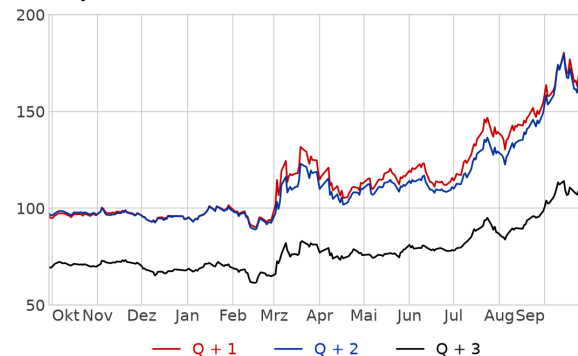
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



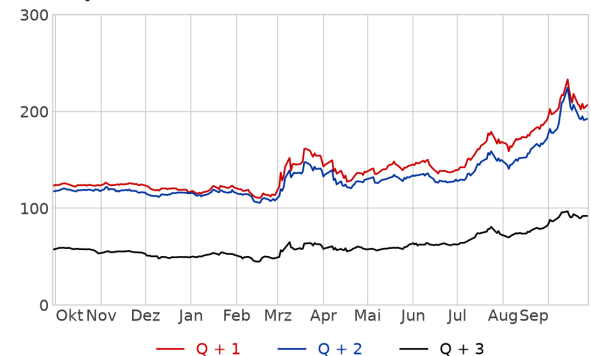
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



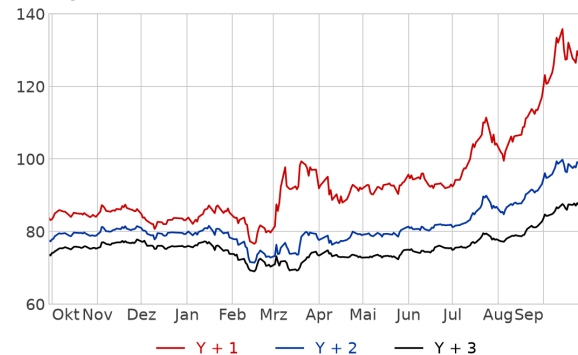
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



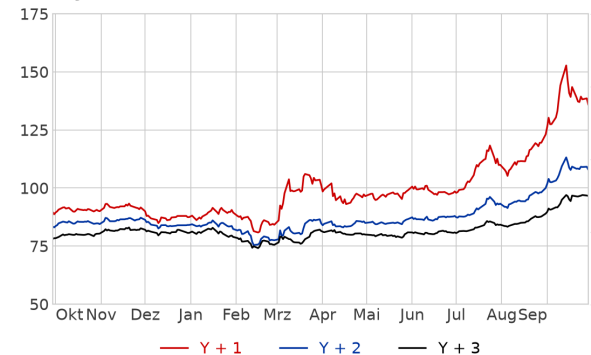
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	29.09.26	German THE Gas Oct-2026	70,58
M2	29.09.26	German THE Gas Nov-2026	70,72
Q1	28.09.26	German THE Gas Q4-2026	74,10
Q2	29.09.26	German THE Gas Q1-2027	70,05
S1	28.09.26	German THE Gas Win-2026	73,83
S2	29.09.26	German THE Gas Sum-2027	52,85
Y1	29.09.26	German THE Gas Cal-2027	56,66
Y2	29.09.26	German THE Gas Cal-2028	38,19

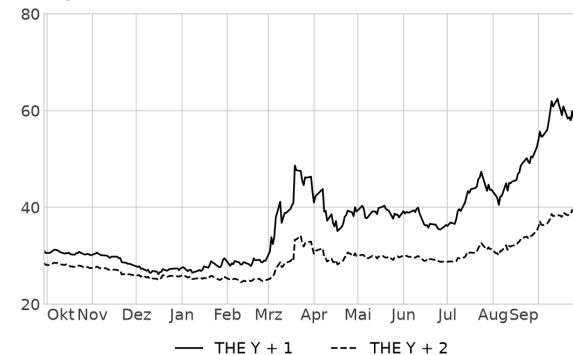
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



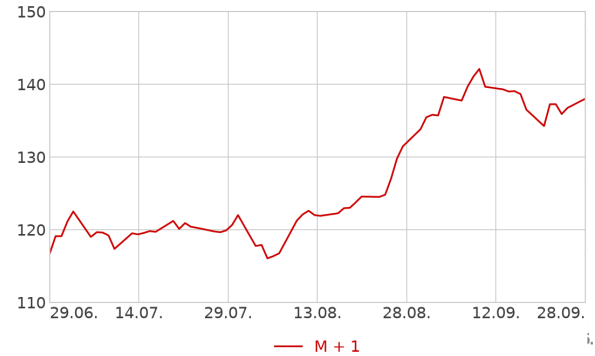
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	29.09.26	140,75	EUR/MWh
Germany Spot peak	29.09.26	131,56	EUR/MWh
EUA Dezember 2026	29.09.26	87,73	EUR/tonne
Coal API2 Oktober 2026	28.09.26	138,00	USD/tonne

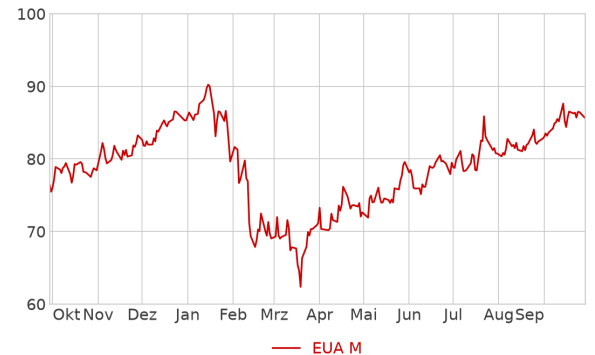
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	29.09.26	69,52	EUR/MWh
German THE Gas Oct-2026	29.09.26	70,58	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2027	29.09.26	56,66	EUR/MWh
Crude Oil Brent Nov-2026	29.09.26	102,59	USD/bbl

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Geschäftsführer (m/w/d) Erneuerbare Energien

Geschäftsführer (m/w/d) für NaturEnergy & NaturStromProjekte. Führe die Energiewende strategisch ...
in Bamberg (+1 weiterer Standort)

06.09.2026

● Vorstand/Geschäftsführung



Ingenieur (m/w/d) Energiewirtschaft (Ingenieur/in - Energietechnik)

MITNETZ STROM ist der größte regionale Verteilernetzbetreiber in Mitteldeutschland. Du suchst eine ...
in Taucha

vor 2 h

● Parkplatz / Mitarbeiterrabatte



Verkäufer Landtechnik / Agrartechnik (m/w/d)

AGRAVIS ist mehr als Trecker & Ernte Die AGRAVIS Techniken sind Teil der AGRAVIS Raiffeisen AG un...
in Angermünde

vor 2 h

● Ausbildung / Freie Mitarbeit



Ingenieur - Steuerung & Überwachung Strom- & Gasnetze (m|w|d)

Du bist ehrgeizig, teamorientiert und hast große Ziele? Wir auch! MITNETZ STROM ist der größte regio...
in Taucha

vor 2 h

● Parkplatz / Betriebsarzt / Mitarbeiterrabatte



Flexibler Nebenjob als Biologie - Nachhilfelehrer*in (w/m/d)

Du suchst einen bedeutungsvollen Nebenjob mit flexibler Zeiteinteilung? Dann bist du hier genau richti...
in Chemnitz

vor 2 h

● Minijob ● Flexible Arbeitszeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

